

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Besprechungen der Alliierten.

Paris, 29. Juni. (Eca.) Nachdem nunmehr die belgische Ministerkrisis durch den Entschluß von Theunis, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen, ihre Lösung gefunden hat, werden die alliierten Regierungen ihre Besprechungen über den englischen Fragebogen wieder aufnehmen. Gestern hatte der englische Botschafter eine Unterredung mit dem Direktor der politischen Abteilung des französischen Ministeriums des Auswärtigen, Peretti della Rocca. In welcher Art und in welchem Umfang eine französische Antwort auf den englischen Fragebogen erteilt werden wird, kann noch nicht beurteilt werden. „L'Evreux“ behauptet, Graf St. Aulaire habe dem Foreign Office mündliche Erklärungen über eine Reihe in dem Fragebogen berührter Punkte abgegeben. „Petit Parisien“ teilt mit, St. Aulaire habe dem Foreign Office sämtliche deutschen Erlasse usw., die zur Organisation des Widerstandes im Ruhrgebiet ausgegeben worden waren, unterbreitet. Die eigentliche Antwort auf den englischen Fragebogen schwebt noch. Vor einigen Tagen habe allerdings der Botschafter den Auftrag erhalten, der englischen Regierung Aufklärungen zu geben. Vertinax meint im „Echo de Paris“, Poincaré sei immer noch ein Anhänger der mündlichen Antwort, und der französische Botschafter in London werde Lord Curzon feinerlei Dokumente in die Hand geben.

Der Papstbrief.

Rom, 29. Juni. (B.Z.) „Officiatore Romano“ (das Organ des Vatikans) schreibt in einer Betrachtung über das Schreiben des Papstes: Deutschland erkennt seine Pflicht an, in den Grenzen des Möglichen, die den Völkern und Ländern zugefügten Schäden wieder gut zu machen, und die Gläubiger haben ein Recht, eine Wiedergutmachung der Schäden zu verlangen, aber nicht über die Zahlungsfähigkeit des Schuldners hinaus, d. h. sie können nicht fordern, daß Deutschland gebe, was es nicht zahlen kann, ohne vollständig seine eigenen Hilfsquellen und seine Leistungsfähigkeit zu erschöpfen, was nicht nur gegen die Gerechtigkeit, gegen die Barmherzigkeit und gegen das Interesse des Schuldners verstoßen würde, sondern auch gegen die Unruhen sowie Gefühle des Hasses heraufbeschwören würde. In Wirklichkeit leugnen die Gläubiger die Aufrichtigkeit Deutschlands und meinen, daß die jetzt geforderten Reparationen, nachdem mehrmals Herabsetzungen stattgefunden haben, nicht die Zahlungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Dies sind Tatsachenfragen, die bei bevorstehenden diplomatischen Besprechungen geprüft werden müssen. Es ist zu hoffen, daß die Mächte auf freundschaftliche Weise oder mittels der von Deutschland selbst geforderten Kontrolle feststellen

können, wieviel Deutschland an Reparationen zahlen kann und soll, und dies wird ihnen gelingen, wenn sie sich von dem Gedanken an den Frieden und nicht von dem an erlittene Unbill leiten lassen.

Das Schreiben des Papstes berührt aber auch noch einen anderen sehr bedeutsamen Punkt. Der Papst erkennt an, daß die Gläubiger ein Recht auf Pfänder haben, die im Verhältnis zu dem stehen, was ihnen geschuldet wird, aber er legt den Gläubigern nahe, zu erwägen, ob es unbedingt notwendig sei, alle Gebietsbesetzungen aufrechtzuerhalten, die von den besetzten Gebieten und den Besatzungsmächten schwere Opfer erheischen, und ob es nicht besser sein würde, sie in fortschreitendem Maße durch andere nicht unwirksame und gewiß weniger peinliche Pfänder zu ersetzen. Wenn die Mächte auf die Anregung des Heiligen Vaters eingehen würden, würden die Besetzungen weniger hart sein, d. h. sie würden von den Bevölkerungen leichter ertragen werden und stufenweise bis zu ihrem vollständigen Aufhören verringert werden. Dann, aber auch nur dann, würde man zu jener weltlichen Befriedigung der Völker gelangen, welche die Vorbedingung für die von allen heiß ersehnte wirtschaftliche Wiederherstellung ist.

Interpellationen in der französischen Kammer.

Paris, 29. Juni. (B.Z.) Die sozialistisch-radikale Kammerfraktion hat eine Interpellation über den Brief des Papstes in der Reparationsfrage eingereicht. Sie verlangt Auskunft über die Haltung des französischen Botschafters beim Vatikan und der französischen Regierung angesichts dieses ersten diplomatischen Ereignisses.

Der christlich-demokratische Abg. Marc Sanguier hat den Papstbrief zum Anlaß einer Interpellation gemacht. Er teilte Poincaré mit, er wünsche, ihn zu interpellieren, über die Rückwirkungen der auswärtigen Politik der französischen Regierung auf die öffentliche Meinung der Welt.

Paris, 29. Juni. (Eca.) Die Presse beschäftigt sich weiterhin mit dem Papstbrief und ist trotz der neuen Auslegungen des Heiligen Stuhles, die gestern im „Officiatore romano“ veröffentlicht wurden, mit der Haltung des Heiligen Stuhles im allgemeinen nicht einverstanden. Die Presse der Linken stellt sich mehr oder weniger offen auf die Seite der päpstlichen Ausführungen. „L'Evreux“ überschreibt seinen Leitartikel: „Eine Offensive des Papstes gegen Poincaré“. Schon machte die Regierung den Vatikan darauf aufmerksam, daß die Wirkung seiner Haltung bald fühlbar zwischen Paris und dem Heiligen Stuhl werde. Wir, so fährt das Blatt fort, die weder Beziehungen zum Vatikan haben noch für die Politik Poincarés eintreten, wir stellen einfach fest, daß eine Offensive in der ganzen Welt gegen die Politik Poincarés unternommen wird.

Ehrliche Steuerwirtschaft.

Nach langen Monaten ungewöhnlich friedlicher Arbeit war man in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern Zeuge stürmischer und erregter Ausbrüche. Das Rote Haus hatte seinen großen Tag. In der Zeit bitterster Not, größten Finanzelends, nicht endenwollender Schwierigkeiten des Staates, der Länder und nicht zuletzt der Gemeinden erlebten wir gestern einen Kampf der beiden großen Rechtsparteien gegen die Gesundheit der städtischen Finanzen von einer Hartnäckigkeit und Ausdauer, wie er selbst in Berliner Rathäusern selten gewesen ist. Daß die finanzielle Notlage der Gemeinden riesengroß ist, ist ein Gemeinplatz, der heute nicht mehr durch Einzelheiten belegt zu werden braucht. Die bürgerlichen Parteien sind mit dem Schlachtruf in den Wahlkampf gezogen, daß dieser Not, die durch angebliche Verschwendung und Mißwirtschaft verschärft werde, unbedingt und mit allen Mitteln ein Ende gemacht werden müsse. Keine Ausgabe ohne Deckung! — das war ihre Parole! In diesem Zeichen wollten sie siegen. Die Entwicklung hat leider gezeigt, daß diese Parole bei den bürgerlichen Parteien nichts anderes war und ist als eine ganz gewöhnliche Wahl- und Agitationsredensart. Der geistige Kampf in der Stadtverordnetenversammlung enthüllte namentlich die beiden Rechtsparteien als die offenen Bannerträger nicht etwa einer soliden und wirtschaftlichen städtischen Finanzgebarung, sondern des offenen Steuerbetrugs. Der Kampf ging um die Einführung der Wertbeständigkeit der Steuern, vor allen Dingen bei der den bürgerlichen Parteien so verhassten und durch die Geldentwertung in der letzten Zeit beinahe ganz in den Hintergrund getretenen Gewerbesteuer.

Es war eine lange Vitane von Scheingründen, mit denen der Kampf mit äußerster Erbitterung gegen die Gesundheit der städtischen Finanzen geführt wurde. In den Ausschüßberatungen war alles ein Herz und eine Seele gewesen. Jeder Volksparteiler, jeder Deutschnationale versicherte, daß selbstverständlich (!) eine Anpassung der Steuern an die Geldentwertung kommen müsse und kommen werde, daß selbstverständlich auch die Kommunen und die Stadt Berlin zu einer Wertbeständigkeit in der Steuerwirtschaft übergehen müssen. Nur der Zeitpunkt sei noch nicht der richtige! Nur einige juristische Bedenken seien noch zu beseitigen! Man wolle dem Staat und dem Reiche nicht vorgreifen! Erst im Plenum, als alle Hoffnungen, die Sozialdemokratie zu einem Verzicht auf ihre Forderung der automatischen Anpassung der Steuern an die Geldentwertung zu bewegen scheiterten, wurde man deutlicher. Jetzt sprach man nicht mehr von juristischen und formalen Bedenken. Treffend konnte der Vertreter des Zentrums darauf hinweisen, daß man ganz offen und ungeniert die wirtschaftlichen Gründe des Bestandes gegen die Neuregelung ins Feld führte. Mit herausfordernder Schärfe griffen ausgerechnet die Sprecher der Volkspartei den Magistrat und den städtischen Kammerer an, denen sie den Vorwurf machten, durch das Vorgehen in Berlin Entscheidungen des Reiches vorgegriffen und die Stützung der Mark erschwert zu haben.

Leider steht die Arroganz, mit der diese fadenscheinigen Behauptungen vorgebracht wurden, mit den Tatsachen in einem nicht gut wägbaren Widerspruch. Ganz abgesehen davon, daß in 3-4 Monaten kein Mensch mehr sich über die jetzt erzwungene Anpassung der Steuerwirtschaft aufhalten wird, muß doch darauf hingewiesen werden, daß das Reich längst auf diesem Gebiete vorangegangen ist. Gar nicht zu reden von der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer, diesen Hauptfaktoren der Reichssteuerwirtschaft, die wertbeständige Geldsteuern sind. Bei der Zwangsanleihe ist das Reich jetzt zum erstenmal dazu übergegangen, auch sogenannte Vermögenssteuern wertbeständig zu gestalten. Die Zwangsanleihe, die zum Zwecke der Brotverbilligung im sechsfachen Betrage erhoben wird, wird bei ihrer Einziehung nicht mehr nach absoluten Ziffern, sondern nach dem Stande des marktlichen Roggens an der Berliner Börse erhoben. Bei der Erhebung der Reichseinkommensteuer für Selbstzahler und der Reichskörperschaftsteuer ist das Prinzip der Anpassung dieser Steuern an die Geldentwertung bei den letzten Beratungen von allen Parteien anerkannt worden, die 25 bzw. 35fache Erhebung sofort beschlossen und für die weitere Entwicklung dem Reichsfinanzminister ohne Kontrolle durch den Reichsrat und den Reichstag die automatische Anpassung überlassen worden. Gerade die Vertreter der Volkspartei, die dieser Regelung allerdings Widerstand entgegengekehrt haben, schenken dafür mit höchstem Nachdruck die Wertbeständigkeit der Verbrauchsteuern bei der jetzigen Neuberatung durch. Sämtliche Steuern auf die Konsumartikel der breiten Massen sind jetzt dem augenblicklichen Geldentwertungsstande angepaßt und für die weitere Erhebung mit Indices versehen, oder der Reichsfinanzminister ist allein bevollmächtigt, bei weiteren Preissteigerungen entsprechende Erhöhungen ohne Anhörung parlamentarischer Körperschaften vorzunehmen. Im Reiche vollzieht sich also die Entwicklung der gleitenden Steuerart auf allen Gebieten gleichmäßig, wenngleich auf dem Gebiete der Vermögenssteuern erst jetzt, viel zu spät und viel zu langsam, der Anfang gemacht worden ist.

Daß diese Entwicklung eine innerpolitische Notwendigkeit allerersten Ranges ist, kann niemand bestreiten. Das Steuerunrecht oder richtiger gesagt, der unerhörte und skandalöse Steuerbetrug der letzten Jahre ist zu

Kongress der Labour Party.

London, 28. Juni. Die Konferenz der Arbeiterpartei nahm eine Resolution an, in der eine Kapitalsabgabe verlangt wird, und in der die Arbeitermitglieder des Unterhauses aufgefordert werden, daß sie, wenn eine solche Kapitalsabgabe nicht zustande kommt, im Parlament dahin wirken sollen, daß bei Abschaffung von Steuern in erster Linie die Besteuerung von Lebensmitteln aufgehoben wird.

Der Kongress nahm sodann eine Entschließung von Ramsay MacDonald an, die den Kongress einladet, zu erklären, daß die letzte deutsche Note eine gesunde Diskussionsgrundlage darstelle. Ferner schlug MacDonald dem Kongress die Entsendung eines Telegrammes an die französische Arbeiterpartei vor, worin sie aufgefordert wird, den Imperialismus und Militarismus zu bekämpfen und ihren Einfluß aufzuheben, um die Anerkennung der Sowjet-Regierung zu erlangen. Diesem Telegramm wurde ein Zusatz des Abgeordneten Kovel beigegeben, worin erklärt wird, daß die gegenwärtige Lage genau die gleiche sei, wie im Jahre 1914, nur mit dem Unterschied, daß die deutsche Drohung jetzt eine französische Drohung geworden sei und daß die Flugzeuge die Kriegsschiffe ersetzt hätten. Eine weitere Entschließung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, erklärt, daß die Arbeitslosigkeit in England zum größten Teil der englischen Außenpolitik zuzuschreiben sei.

Die Tragweite der Saardebatte.

Genève, 29. Juni. (Eca.) Die Debatte über das Saargebiet, die demnächst vor dem Völkerbundsrat stattfindet, wird von großer Tragweite sein, da sie zu einem Zeitpunkt einer ziemlich starken französisch-englischen Spannung zustande kommt. Die Stellung der englischen Regierung in der Rheinfrage sowie die noch immer ungeklärte Frage des Ruhrproblems läßt es als ziemlich sicher erscheinen, daß die englische Regierung ihre Haltung zu der Regierungskommission im Saargebiet mit aller Energie durchzusetzen bemüht sein wird. Es ist anzunehmen, daß sowohl seitens des Londoner als auch des Pariser Kabinetts in der letzten Zeit bei den verschiedenen Regierungen, die im Völkerbundsrat vertreten sind, Sondierungen vorgenommen wurden, um sich über die Stellungnahme der Kabinette und die Instruktionen, die sie ihren Vertretern in der Saarfrage geben werden, zu unterrichten. Die Möglichkeit einer Majorität für den englischen Standpunkt, der die Fortsetzung einer Untersuchungskommission des Saargebietes aussieht, ist wahrscheinlich, so daß man sich in politischen Kreisen mit der Haltung Frankreichs in diesem Falle ziemlich stark beschäftigt. Das Saarstatut sieht vor, daß alle Entscheidungen des Völkerbundsrates über die Saarfrage durch Mehrheitsbeschluß getroffen werden müssen. Käme eine Mehrheit für den englischen Standpunkt zustande, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die französische Regierung einen Vorstoß gegen das ganze System des Saargebietes, wie es im Friedensvertrag festgelegt ist, unternimmt wird.

Ueberfall auf Limburg.

Limburg, 29. Juni. (B.Z.) In der Nacht zum Donnerstag waren von auswärtigen deutschen Kriminalbeamten zwei in Dieb an der Bahn im Dienste der Franzosen stehende und in Limburg wohnende Arbeiter verhaftet und in das unbesetzte Gebiet abtransportiert worden. Infolgedessen unternahm die Franzosen in der Nacht von Freitag einen neuen Ueberfall auf Limburg. Sie rückten in Bataillonstärke an und nahmen zehn Limburger Bürger fest. Die Franzosen erklärten, die Festgenommenen blieben solange in Haft, bis die beiden verhafteten Arbeiter von den deutschen Behörden wieder freigelassen worden seien.

Belgisch-englischer Zwischenfall.

London, 29. Juni. (B.Z.) Der Brüsseler Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erzählt, daß der Oberbefehlshaber des englischen Rheinheeres, General Godley, in der Nacht vom letzten Sonntag zum Montag auf der Reise von Köln nach London bei Antunf des Zuges in Aachen auf Befehl eines belgischen Zollbeamten seinen Schlafwagen verlassen und über eine Stunde im Nachzuge im Gange stehen mußte, während die Belgier eine eingehende Untersuchung des Wagens vornahmen. Besonders wurden das Gepäck und die Papiere des Generals untersucht. Dieser erhob energischen Einspruch gegen diese Behandlung. Dem Berichterstatter zufolge ist man der Ansicht, daß die Belgier glauben, der General bringe den Bericht verschiedener englischer Beamter, die eine Untersuchung der augenblicklichen Lage im Ruhrgebiet veranstalteten, nach London. Der Berichterstatter erzählt weiter, in Brüssel sei ein offizieller englischer Protest gegen die Aktion der belgischen Grenzbehörde eingegangen. In einem Leitartikel nennt „Daily Chronicle“ das Vorgehen der Belgier eine Beleidigung des Generals Godley und hofft, daß die belgische Regierung sich beeilen wird, eine beruhigende Erklärung zu diesem Vorfall abzugeben.

Lebhafte Effektenkäufe.

Die Geldmarktlage ist unverändert flüchtig. Dementsprechend geben an der Effektenbörse die Kurse noch weiter in stottem Tempo nach oben. Von den Vertretern der Großbanken wird übereinstimmend behauptet, daß bei den jetzigen riesenhaften Effektenkäufen die Beamtenhaft in hohem Maße beteiligt sei, die auf diese Weise ihre Vierteljahrsgehälter gegen Entwertung sicherzustellen suchen. Als Anlageobjekt werden in erster Linie wertbeständige Anleihen verschiedenster Art gemacht. Für Dollarschahanzweisungen wurde bei großem Umfange ein erster Kurs von 150 000 notiert. Daneben treten als Anlagepapiere, die an der Berliner Börse offiziell gehandelten Berliner Roggenrentenbriefe stärker in den Vordergrund. An heimischen Aktien kamen große Käufe für ausländische Rechnung zur Ausführung. Die Tendenz war infolgedessen auf der ganzen Linie sehr fest.

einer der schwersten Belastungen unserer innerpolitischen Lage geworden und hat eine steigende und wachsende Erbitterung aller der Schichten des Volkes zur Folge gehabt, die nicht das Glück haben, als Sachwertbesitzer von der Geldentwertung profitieren zu können. Im Grunde genommen konzentrieren sich die meisten innerpolitischen Probleme auf dieses ganze Fragegebiet. Der übermächtige Einfluß schwerindustrieller Wirtschaftskreise der großen Kartell- und Industriepartikularorganisationen ist durch die Marktentwertung und durch die Steuerbevorzugung zu einer Gefahr geworden, deren Größe kein verantwortlicher Politiker auch im bürgerlichen Lager mehr verkennen kann. Die Gemeinden sind unter dieser Entwicklung in den letzten Jahren beinahe zur wirtschaftlichen und kulturellen Latenzlosigkeit verurteilt gewesen. Es ist deswegen ein außerordentliches Verdienst der linken Mehrheit der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Berliner Magistrats, daß Berlin als die größte Stadt der Republik den entschlossenen Willen zeigt, von sich aus dem Schlandrian der letzten Jahre ein Ende zu machen. Gestern drohten die Volksparteiler und auch die Deutschnationalen bei der Annahme der Geldentwertungsklausel den Berliner Etat nicht anzunehmen und das heißt bei den Mehrheitsverhältnissen der Stadtverordnetenversammlung ihn zu Fall zu bringen. Die Sozialdemokratie kann diesen Parteien, und vor allen Dingen der Volkspartei die Verantwortung für einen solchen Schritt ruhig überlassen. In Wirklichkeit ist es die höchste Zeit, daß Berlin sich dazu entschließt, voranzugehen.

Den Widerstand, den gerade die wirtschaftlichen Interessenvertreter dieser notwendigen und unvermeidlichen Reform entgegensetzt, können wir nicht anders bewerten, als wie die „Zeit“ die Bekämpfung der Devisenverordnung durch bestimmte Wirtschaftskreise charakterisiert. Das volksparteiliche Zentralorgan stellt fest, daß die Möglichkeit der Devisenverordnung schon daraus hervorgehe, daß Herr Degoutte in Düsseldorf sie bekämpfe und daß allerdings Degoutte Helfershelfer in Deutschland gefunden habe.

„Man spricht davon, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse in erster Linie ständen. Erst kommt der Staat und dann kommt die Wirtschaft.“

Was dem Staate recht ist, ist den Gemeinden billig. Ohne die Erhaltung einer lebens- und leistungsfähigen Gemeindefinanzkraft, ohne die Gesundung unserer Berliner Finanzen kann auch Handel und Gewerbe auf die Dauer nicht existieren, geschweige denn, daß die berechtigten Ansprüche, die heut von der Bevölkerung an die Riesengemeinde gestellt werden müssen, auch nur einigermaßen befriedigt werden können. Wenn die Sozialdemokratie den Kampf für die Gesundung aufnimmt, so braucht sie den Appell an die Wähler, den die Wirtschaftskreise durch eine Ablehnung dieser Forderung und des Etats eventuell herbeizuführen entschlossen scheinen, nicht befürchten. Die Massen wurden den Steuern- und Geldentwertungsgewinnern schon die richtige Antwort geben.

Verleumdung als Prinzip.

Was kommunistischen Gläubigen zugemutet wird.

Im Berliner Kommunistenlager herrscht wieder einmal Katerstimmung. Mit ihrem Parolen-Organ, der „Roten Fahne“ steht es augenscheinlich, trotz der eingesandenen russischen Unterstützungsgelder, herzlich schlecht. Die Abonnentenzahl will sich nicht vom Fleck rühren und sie ist seit langem schon so gering, daß die Abendausgabe des Blattes bereits seit Januar eingestellt werden mußte. Auch den „Vorwärts“ versuchen kommunistische Vertrauensmänner zu einer solchen Selbstbescheidung zu veranlassen; selbstverständlich ohne Erfolg, da der „Vorwärts“ und unsere Parteigenossen gleichermaßen wissen, daß es einer politischen Ausschaltung gleichkäme.

Jetzt veranlaßt die „Rote Fahne“ eine große Werboaktion. Selbstverständlich wieder, daß diese ganze Unternehmung lediglich auf Verleumdungen des „Vorwärts“ und der ganzen Sozialdemokratie aufgebaut wird. Wir pflegen den Rüpelien des Kommunistenblattes zumeist keine Beachtung zu schenken, weil der Erfolg zeigt, daß selbst die Gläubigsten unter den Gläubigen darauf

nicht mehr hereinfallen. In den letzten beiden Nummern aber bringt die „Rote Fahne“ eine so plumpe neue Verleumdung unfres Blattes, daß wir sie ausnahmsweise niedriger hängen müssen. Das Kommunistenblatt beschwert sich darüber, daß der „Vorwärts“ das billigste große Berliner Blatt sei, und behauptet, wir spielten den „billigen Jakob“, weil wir — man höre und staune! — von Großkapitalistischen Kreisen „ausgehalten“ würden! Freilich wurde am Donnerstag Morgen angekündigt, daß am Freitag der Nachweis geführt werden würde, woher die Gelder des „Vorwärts“ stammen.

Wir gestehen, daß wir aufs äußerste gespannt waren. Aber noch mehr sind wir enttäuscht. Denn heute wird in einem spaltenlangen Artikel nachgewiesen, daß die Gelder des „Vorwärts“ — man denke! — aus Inseraten herrühren, die selbstverständlich „vom Großkapital und Handel“ ausgegeben werden. Und da niemand einen anderen hinter dem Strauch suchte, hinter dem er nicht selbst ist, so nimmt die „Rote Fahne“ als etwas ganz natürliches an, daß diese Inseratengelder die Haltung des „Vorwärts“ ebenso sehr beeinflussen, wie die russischen Stipendien die Haltung des deutschen Kommunistenblattes. Ueberflüssig, daß wir uns gegen eine solche Unterstellung auch nur mit einem Federstrich verwehren wollten. Jeder, der nur einen kleinen Schimmer von Ueberzeugungstreue hat, weiß, daß die Sozialdemokratie und ihre Presse sich nur nach ihren Grundgedanken richtet, nicht aber durch Inseratengelder bestochen werden kann. Sonst müßten wir schon halbkommunistisch sein, diemal doch die kommunistischen Buchverleger, die auch aus russischen Quellen gespeist zu werden pflegen, gerade den „Vorwärts“ als Insertionsorgan für ihre kommunistischen Schriften sehr gern und sehr eifrig benutzen. Diese Geschäftsunternehmungen wissen ebensogut wie jeder andere Geschäftsmann, daß man wirkungsvoll seine Inserate nur bei einem gelesenen und weitverbreiteten Blatt ausgibt. Da sie aber sehen, daß das bei der „Roten Fahne“ nicht zutrifft, so ziehen sie begreiflicher Weise den „Vorwärts“ vor.

Man kann den Schmerz der „Roten Fahne“ darüber verstehen, daß ihr Inseratenteil ein herzlich kleiner ist und daß ihr täglich attestiert wird, wie gering man ihre Bedeutung im Geschäftsleben einschätzt. Sie möchte gern mehr von diesen angeleglichen großkapitalistischen Bestechungsgeldern haben. Augenscheinlich spekuliert sie heute auf die Bergehrlichkeit der Leser und denkt nicht daran, daß ihre „Anzeigenabteilung“ gelegentlich bei den kapitalistischen Unternehmern um Aufträge gerabuzt beittelt. Erinnerung sei nicht daran, daß der „Vorwärts“ das nachfolgende Schriftstück veröffentlicht hat? Es ging doch von der „Roten Fahne“ selbst aus und lautete:

„Die Rote Fahne“ Berlin SW. 68, den 6. Oktober 1922. Friedrichstr. 225.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, hat die Tageszeitung „Die Freiheit“ am 1. d. M. ihr Erscheinen eingestellt.

Die bisherigen Leser dieser Zeitung, welche den Kreisen der Hand- und Kopfarbeiter angehören, sind fast restlos Abonnenten der „Roten Fahne“ geworden.

„Die Rote Fahne“ hat dadurch einen gewaltigen Aufschwung bezüglich der Höhe ihres Leserkreises erhalten; sie ist jetzt das einzige Blatt der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins.

Wollen Sie in diesen Kreisen Ihr Absatzgebiet erweitern, so wäre es vorteilhaft, wenn Sie in Zukunft die „Rote Fahne“ zu Ihren geschäftlichen Ankündigungen benutzen würden.

Unsere alten Inserenten haben uns wiederholt bestätigt, daß die „Rote Fahne“ ein äußerst wirkungsvolles Insertionsorgan ist. Wir sehen gern mit näheren Details und Vertreterbesuch zur Verfügung und sind Ihres bestgl. Bescheides gewärtig.

Hochachtungsvoll

Anbei 1 Karte. „Die Rote Fahne“ Anzeigen-Abteilung (Unterschrift).

Damals haben wir den Schwindel gefenneigemeint, den die „Rote Fahne“ mit der Behauptung trieb, die Abonnenten der „Freiheit“ wären „fast restlos“ zu ihr übergegangen und sie habe einen gewaltigen Aufschwung genommen. Der „gewaltige Aufschwung“ bestand darin, daß das Kommunistenblatt die Abendausgabe einstellen mußte. Die Inserenten aus kapitalistischen Kreisen, die die Kommunisten klassenbewußt anschnarrten, hüteten sich, ihre Aufträge einem Blatte mit solchem „Aufschwung“

zu geben. Dafür rächt sich die kleine Seele, die bei ihm die Propaganda leitet, indem sie den „Vorwärts“ beschuldigt, er wäre durch Inseratengelder bestochen.

Wäre das Verleumden nicht zu einem kommunistischen Prinzip erhoben, so könnte man über eine solche Behauptung in Zorn geraten. So aber läßt sie uns eiskalt. Unsere Genossen in den Fabriken, Bureaus und Werkstätten aber, die von den kommunistischen Funktionären mit Werberufen belästigt werden, sind Mann genug, den Werbern mit Wilhelm Busch zu antworten: Ihre Enttäuschung ist nur ein Vergnügen an Inseraten, welche sie nicht kriegen!

Zeigners Rechtfertigung.

Dresden, 29. Juni. (M.Z.) Zu Beginn der heutigen Landtagsitzung gab der Ministerpräsident Dr. Zeigner eine Erklärung ab zu dem Berichte des sächsischen Volksblattes in Zwickau über seine am 19. d. Mts. in Riederplanitz gehaltenen Rede. Der Bericht habe Ungenauigkeiten und wesentliche Unrichtigkeiten enthalten. Auf Grund dieses Berichtes sei ihm vorgeworfen worden, daß er von einem Bankrott der Reichsregierung gesprochen und die bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes verlangt habe. Auch von einem Verrat am Reiche sei gesprochen worden. Demgegenüber stelle er fest, daß er nicht von einem Bankrott der Politik Cuno gesprochen habe, sondern er habe nur gesagt, daß ein großer Teil des deutschen Volkes infolge der Ereignisse der letzten sieben Monate am Ende seiner Kräfte sei, was den Bankrott bedeute. Weiter habe er gesagt, das Kabinett Cuno werde wohl eines Tages abtreten müssen, weil es sich auf einen Standpunkt festgelegt habe, der auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden könne. Man müsse liquidieren. Inzwischen an die Berichte über die Fragen Lord Curzons an die französische Regierung habe er sodann die Erwartung ausgesprochen, daß die englische Vermittlung ermöglichen werde, Frankreich doch noch an den Verhandlungen zu bringen. Deshalb dürften die englischen Vorschläge nicht abgelehnt werden, sondern man müsse verhandeln, verhandeln, wohlverstanden, über die englischen Vorschläge. Am 10. April habe er ausdrücklich im Landtag in der eindeutigen Weise erklärt, daß die sächsische Regierung die Fortführung des passiven Widerstandes durchaus billige.

Auch in Riederplanitz habe er nicht von einer bedingungslosen Aufgabe des passiven Widerstandes gesprochen, vielmehr erklärt, daß man diesen Kampf aussetzen müsse. Allerdings habe er hinzugefügt, das Ziel des Abwehrkampfes müsse sein, die Verhandlungsbereitschaft der gegnerischen Regierungen auf vernünftiger Grundlage herbeizuführen, und daß die sächsische Regierung der Ansicht sei, die Politik des passiven Widerstandes müsse durch eine aktive Politik von Vorschlägen ergänzt werden. Inzwischen seien wieder Wochen ins Land gegangen. Außer den ganz Unbeherrschbaren habe sich das ganze deutsche Volk bis tief in die Reihen der Deutschen Volkspartei inzwischen auf denselben Standpunkt gestellt. Vor 14 Tagen habe auch der preussische Ministerpräsident Brauns eine Erklärung abgegeben, die sich sachlich durchaus mit seinen Ausführungen deckte. Er wolle auch heute nicht von seiner Erklärung vom 10. April abrücken, aber er müsse doch auf Dinge hinweisen, die noch viel zu wenig gewürdigt wurden, denn er halte die innerpolitische Rückwirkung der Ruhraktion für außerordentlich gefährlich. Der Ministerpräsident wies in diesem Zusammenhang auf den Nord in Pommern, auf das Attentat gegen die Druckerei des „Volksblattes“ in Münster und auf die Ergebnisse des Prozesses Fuchs-Machaus hin. In den letzten Tagen seien ihm zahlreiche Briefe mit den gemeinsten Drohungen zugegangen. Er halte sich für verpflichtet, auf diese Dinge öffentlich hinzuweisen. Alles dies hätte ihn nun veranlaßt, in Riederplanitz klar zu sagen, daß die gesamte Staatsautorität gegen diese Attentate eingeseht werden müsse. Nichts anderes sei der Sinn seiner Ausführungen gewesen.

Die Rede des Ministerpräsidenten wurde auf der linken Seite mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einer Debatte wurde, wie bereits gemeldet, das Mitfrauensootum der Deutschen Volkspartei mit 48 gegen 43 Stimmen abgelehnt.

Mandatsverlust wegen Ausscheiden aus der Fraktion. Als Gegner des sächsischen Republikshilfsgesetzes hatte Abg. Dr. Bruns mit drei anderen Mitgliedern der Partei des Außenministers Bensch, der sächsischen Sozialisten, gegen das Gesetz gestimmt. Darum hatte die Parteileitung sie wegen Verstoß gegen das Parteistatut auf Mandatsverlust verklagt. Der Wahlgerichtshof hat jetzt in diesem Sinn entschieden. Die Bruns-Beute haben jedoch unter den sächsischen Republikern ziemlichen Anhang. — Auch dem Hakenkreuzer Baaran, der seiner Zeit Stintbomben in den Saal geworfen hat, ist das Mandat aberkannt.

Ein parteihistorisches Museum.

Im Vorwärts-Haus, Lindenstraße 3, liegt unser Partei-Archiv. Ein kleines Museum, eine Porträtgalerie, eine Handschriftensammlung und eine Bibliothek. In einem Glasschrank, auf dem die Totenmasken Lassalles und Bebels stehen: ergreifende Andenken und Reliquien der Märtyrer des zaristischen Rußland. An den Wänden Bildnisse bekannter Parteiführer, darunter das farbige Original von Lassalles oft reproduzierten Jugendbildnis. In mächtigen feuerfesten Schränken: Manuscripte und Briefe von Karl Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Liebknecht u. a. m., daneben eine umfangreiche Sammlung von Photos: Einzel- und Gruppenbildnisse, parteihistorisch denkwürdige Stätten, als besondere Kostbarkeit eine englische Originalphotographie von Marx. Während die kleinen Erinnerungen aus Bebels Nachlaß, darunter das Wanderbuch des katholischen Drechslergesellen, der nach nichts vom Klassenkampf wußte und in einem frommen Handwerkersbunde organisiert war. Den umfangreichsten und wertvollsten Teil des Archivs aber bildet die Bibliothek, die mehrere Räume füllt und neben der gesamten Parteiliteratur eine Fülle bibliographischer Selbheiten enthält, zum Beispiel die Jahrgänge des Pariser „Moniteur“, des sonstigen amtlichen Organs der großen französischen Revolution, mit den ausführlichen Sitzungsberichten und sonstigen Akten der konstituierenden und der gesetzgebenden Versammlung und des Konvents.

Inmitten dieser Dinge waltet der Partei-Archivar Genosse Hinrichsen seines Amtes, mit der liebevollen Sorgfalt des Sammlers und Schahhüters. Sachkundig macht er den Besucher auf diese oder jene Partikular aufmerksam und er freut sich hausväterlich, wenn man seinem Institut Interesse entgegenbringt. Leider aber hat er zu dieser Freude nicht allzuoft Veranlassung. Sein Gäste-Buch verzeichnet zwar die Namen berühmter Besucher aus aller Herren Länder — auch Trotski ist darunter — und an den Arbeitstischen sitzen immer fünf, sechs Leute, lesend und sich Notizen machend. Aber sowohl im Buche wie am Tisch glänzen durch Abwesenheit ausgerechnet — unsere Berliner Genossen. Die meisten von ihnen wissen wohl gar nichts von der Sehenswürdigkeit und der Bildungstätte, die das Haus Lindenstraße 3 beherbergt; ihnen wird dieser Hinweis genügen, um das Interesse rege zu machen. Denn das Archiv soll kein toter, unfruchtbarer Besitz der Partei sein, es soll lebendige Belehrung und Anregung spenden, und gerade die Einzelheimischen täten gut, von der bequemen Gelegenheit reichlichen Gebrauch zu machen.

Aber nicht nur als Ruhmstempel, sondern auch als Förderer können sie tätig sein. Gar mancher Genosse besitzt Andenken und Kuriositäten, die von parteigeschichtlichem Interesse sind, vielleicht noch vom Vater oder Großvater ererbt, aus der Zeit des Schandgesetzes. Man unterschätze diese oft unsehenswerten Dinge nicht, sie können für spätere Geschlechter von hohem Wert sein. Der Proletarier hat selten Gelegenheiten, sich als „Götter“ und „Mägen“ zu betätigen. Man überlege sich, ob man irgendwas in Schrank oder Schublade etwas fürs Partei-Archiv paffenbes liegen hat, und man geniere sich auch nicht, mit Kleinigkeiten zu kommen; sie können wertvoller sein als man denkt. Der Genosse Hinrichsen prüft jede Gabe und er wird auch, wenn er sie nicht brauchen kann, für die gute Absicht dankbar sein.

Antwort an Herrn Leopold Jekner.

Sehr geehrter Herr Intendant!

Warum ein so gereizter Ton? Unsere Meinungsverschiedenheit beruht auf einem leicht erklärlichen Mißverständnis. Ich glaubte nämlich, daß Sie die Verantwortung dafür übernehmen, was in Ihrem Schauspielhaus vorgeht. Es war leichtfertig von mir, etwas zu glauben; das gebe ich zu. Wenn wieder mal das ernste künstlerische Schaffen eines anderen an Ihrer Bühne nicht voll ausgemünzt werden sollte, dann werde ich mich an den Inspektanten oder an den Besuhter wenden.

Sie werden doch nicht etwa annehmen, ich hätte nicht gewußt, daß Herr Segal den „Empedokles“ inszeniert hat? Das war auf dem Programm deutlich zu lesen, daß ich mir gekauft habe (es kostete 2000 M., wofür Sie nichts können, sondern der Verlag Waldheim u. Co.). Ich habe mich aber an Ihre und nicht an Segals Adresse gewandt, weil es sich um Hölzerlin handelte, weil aus dem „Empedokles“ ein großer Abend hätte werden können, wenn man am Staatstheater mit demselben heiligen Einfühlungswillen an ihn herangegangen wäre wie bei der Uraufführung in Stuttgart. Um Ostian Freitag hätte ich nicht soviel Aufhebens gemacht.

Darin allerdings habe ich mich geirrt, daß Sie den „Empedokles“ angenommen haben. Da Sie es getan haben würden, wenn Sie nur Gelegenheit gehabt hätten, werden Sie mir den Irrtum nicht abelnahmen. Sie werden um so leichter zum Verzeihen gestimmt sein, wenn Sie hören, daß ich mich am Montag vormittag telephonisch vergewissern wollte. Die Auskunft des Fernsprechamts teilte mir aber mit, das Schauspielhaus wünsche nicht angerufen zu werden. Für Hölzerlin ist nun mal eine festliche Stimmung erforderlich. Sie war am Montag nicht vorhanden. Es tat mir weh, wie an Außerlichkeiten die Weihe erhabener Poesie zugrundebging. Daher ist es falsch, wenn Sie mich in einzelnen Punkten widerlegen wollen. Das war gerade mein Vorwurf: Wollen Sie, oder vielmehr will Herr Segal — ich weiß schon gar nicht mehr, wer nun eigentlich der Verantwortliche ist — eine Saison voll künstlerischer Arbeit frönen, so darf er das eben nicht acht Tage vor Schluss machen. Gemiß gibt es einen Aufbau, aber es gibt einen vernünftigen und einen unvernünftigen.

Ich würde ein festliches Weibepiel in einer Zeit literarischer Erwartung herausbringen und nicht, wenn Ihre Gemeinde übermüdet ist und zu Wiederholungen durch die Ferien die Gelegenheit genommen ist.

Ihr sehr ergebener Ernst Degner.

Die Staatsoper bei Kroll. Augenscheinlich von interessierter Seite wurden in letzter Zeit in einigen Blättern Nachrichten veröffentlicht, die den Anschein erwecken mußten, als wäre die Frage des künftigen Schicksals der ehemaligen Krolloper noch immer nicht entschieden. Es wurde so dargestellt, als ob der vom Landtag in seiner Sitzung vom 16. Juni eingesezte Ausschuss zu entscheiden haben solle, ob in dem umgebauten Krolltheater die Staatsoper oder die Große Volksoper zu spielen hätte. Tatsächlich liegen die Dinge aber anders. Der vom Landtag eingesezte Ausschuss soll zusammen mit der Staatsregierung lediglich noch Kriterien und

suchen, der Großen Volksoper außerhalb des Krollhauses ein Heim zu sichern. Ueber die künftige Bewirtschaftung der ehemaligen Krolloper führte der Abg. Schwering als Berichterstatter des Hauptauschusses ohne Widerspruch in der Landtagsitzung vom 16. Juni nach dem stenographischen Protokoll (Spalte 18 217) aus: „Die Meinung des Ausschusses bezüglich der von der Regierung in Gang gesetzten Verhandlungen war die . . . daß in der Frage des Krolltheaters eine Verbindung zwischen Krolloper bzw. Freier Volksbühne und dem Staatstheater hergestellt werden soll.“ — Der Umbau der ehemaligen Krolloper dürfte im September dieses Jahres beendet werden, so daß die Staatsoper dann dort ihre Aufführungen beginnen kann.

Patriotismus. Willibald Schulze hatte einen Stellungsbefehl erhalten. Er machte daraufhin dem Bezirkskommando folgendes Angebot: Er sei zwar theoretisch bereit, dem Staate bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu dienen, mache das jedoch von der Erfüllung nachfolgender Bedingungen abhängig: a) sein Leben dürfe nicht gefährdet werden, b) für etwaige Beschädigungen habe der Staat im voraus eine Versicherung abzuschließen, c) er sei am Reingewinn des Unternehmens prozentualer zu beteiligen.

Die Sache hat damals viel Wohlgefallen erregt. Sie machte wochenlang an allen Stammtischen die Runde und die Witzblätter hatten Stoff auf Monate hinaus. Nicht so beifällig nahm das Bezirkskommando die Sache auf. Es erwiderte darin eine freche Berhöhnepielerei und brachte Herrn Schulze vor die Schranken des Gerichts. Der Verteidiger sah den Fall als hoffnungslos an und suchte wenigstens den guten Glauben durchzubrüden. Der für solche Fälle bereitgehaltene Medizinalrat strich seinen wohlgelegten Vort und murmelte etwas von geistiger Beschränktheit, die zweifellos vorhanden sei. Doch konnte sie keinesfalls Strafausschließung bedingen. Denn bei der heroischen Staatsbürgerlichen Unterweisung, die in Deutschland allen Untertanen von Kind auf zuteil werde, müßte sich selbst ein vollkommener Idiot über seine bedingungslosen Pflichten dem Staate gegenüber im klaren sein. Und Willibald Schulze wurde verurteilt. Von Rechts wegen.

Willibald Schulze kam davon. Er kam sogar sehr gut davon. Man erkannte bald seinen Gewandtheit im Verkehr mit Behörden, und er rückte bald in die solcher Begabung zugehörigen Stellungen auf. Jetzt berät er unsere Großindustriellen.

Da wandte sich neulich der Staat abermals an seine Bürger. Diesmal forderte er nicht das Leben, sondern bei lediglich die Leute mit dem dickeren Portemonnaie, ihre Pflicht in zweifelt Begabung der Staatschulden zu tun. Auch dieses Schreiben beantwortete Herr Schulze. Er holte aus irgendeiner alten Ablagemappe den bewußten Brief von damals, modellierte ihn den geänderten Verhältnissen entsprechend um, und schickte ihn der Regierung als Garantangebot der Industrie.

Dieses Angebot wird nun schon seit einem Monat von der Regierung, ernsthaften Abgeordneten und weniger ernsthaften Zeitungen allen Ernstes besprochen.

So ändern sich die Zeiten.

Wachsel in der Zeitung des Burgtheaters? Der Rücktritt des Wiener Burgtheaterdirektors Gaultier ist bekannt. Als Nachfolger wird

Cuno gegen die Dynamitpatrioten.

In seiner Rede vor dem Rheinischen Provinzial-Landtag führte Reichsfinanzminister Dr. Cuno weiter aus:

Der heilige Vater hat in den letzten Tagen eine Mahnung an die Welt gerichtet, die dahin geht, Frieden zu machen und den Willen zur Verhandlungsbereitschaft und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, die wir bereits zum Ausdruck gebracht haben, zur Grundlage für einen Ausgleich des Konfliktes zu machen. Wir wollen, daß dieser Schritt geschehen ist, und wir hoffen, daß auf der anderen Seite das Wort einer so neutralen und so hohen Stelle ein williges Ohr findet. Sagt sich Frankreich von seinen Vätern los und erkennt es Deutschlands Recht auf Freiheit und Leben an, entschließt sich Frankreich in offener Aussprache mit den Alliierten und uns, den Tatsachen Rechnung tragend, eine Lösung des Reparationsproblems zu suchen, so wird die Verständigung an Deutschland nicht scheitern. Die Welt braucht den Frieden und darum wird auch in Deutschland jeder Mann den Ruf zum Frieden und zur Versöhnung, der jetzt von der hohen neutralen Stimme des heiligen Stuhles in die Welt gegangen ist, mit dankbarer Zustimmung begrüßen. Ich bin überzeugt, daß Sie alle diesen Ruf mit tiefer Bewegung gelesen haben. Vor den Augen des heiligen Vaters, dessen Raum und Zeit unspannender Blick die Qualen und Leiden des auf uns lastenden Zustandes erkannt hat, liegt uns daran, offen zu sagen, daß eine schnelle und endgültige Befreiung vom fremden Druck eine sittliche Pflicht ist. Wie es der Ruf des heiligen Vaters zum Ausdruck bringt, sind die wichtigsten Ziele unserer Politik gerichtet nur auf Gerechtigkeit, Billigkeit und endgültige gerechte Lösung des Reparationsproblems und die Befreiung der deutschen Erde.

Unbefonnenheiten von deutscher Seite, mögen sie von rechts oder von links kommen, verurteile ich. In gleichem Maße alle Dinge, die die Staatsautorität gefährden. Alles, was Parteihader und Zwiespalt in das Volk hineintragen kann, muß zurücktreten hinter die eine große Frage: Wie rette ich mein Vaterland, wie gebe ich mein Alles hin für mein Vaterland?

Parteipläne können nicht mit Dynamit und Revolver durchgeführt werden.

Befonnen und fest bleiben in der Stimmung, darauf kommt es an, nicht zagen und nicht wanken, wenn man dieses oder jenes hört, besonders wenn man in sicherer Hut sitzt, sondern an die Männer und Frauen denken, die täglich ihr Gut und Leben einsetzen, die nicht wissen, wann sie morgens aus dem Hause gehen, ob sie abends wieder zurückkehren, die mit ihrer ganzen Person, ihrem Leben und ihrer Gesundheit alles hingeben für ihr Volk und ihr Vaterland. So ist das Gebot der Stunde Befonnenheit, fest bleiben, aber auch einzig bleiben.

Wenn jemand von Ihnen den Eindruck haben sollte, als ob die Regierung sich in außenpolitischer Hinsicht passiv und untätig verhielte, so denken Sie daran, daß Außenpolitik nicht auf der Straße gemacht werden kann. Nicht einen Tag ruhen unsere Bemühungen. Aber weder diese Regierung, noch eine andere Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, kann mit ihren Maßnahmen wirklich das erreichen, was sie erreichen will zum Besten des Ganzen, wenn nicht das Volk, wenn nicht alle Kreise des Volkes hinter ihr stehen. Denn nicht mit Polizeigewalt werden in der heutigen Zeit, wo die Staatsautorität bedroht ist, sich die wirtschaftlichen Gesetze durchzuführen lassen, die notwendig sind, damit das Volk keinen Schaden leide.

Dazu gehört die Frage des Wuchers, dazu gehört die Frage der Preisstellung, die Frage der Anpassung der Löhne an die Preise, dazu gehört vor allen Dingen die Frage unserer Währung. Wenn unsere Währung nicht zu halten ist, wenn sie den Weg ins Irdische geht, dann wird sich das Volk mit Recht ein Gefühl der Verzweiflung und der Verlassenheit bemächtigen, das nicht nur die arbeitenden, sondern auch die bürgerlichen Kreise dazu treiben muß, an allem zu verzweifeln. In dieser Lebensfrage unseres Vaterlandes muß der Sinn für die Allgemeinheit dem Egoismus vorangestellt werden. Es gibt noch eine deutsche Kaufmannschaft. Sollte es gerade vom Standpunkt dieser deutschen Kaufmannschaft aus möglich sein, daß Börse und sonstige am Devisenhandel beteiligte Kreise diejenigen Mächte sind, die auch heute noch zum Schaden des ganzen Volkes, wo alles auf dem Spiele steht, Spekulation treiben? Diese Frage ist eine der Kernfragen für Sie und für uns. So richte ich auch heute, besonders hier an Sie die aufrichtige Bitte, gerode in dieser Frage unter Zurückstellung eigener Interessen in finanziellen Fragen Ihre Schuldigkeit zu tun, und ich richte zugleich die Mahnung auch an die in der Heimat am Devisenhandel beteiligten Kreise, damit sie ebenso einig wie Sie in der Ruhrfrage sind, in der Abwehr des fremden Eingriffes zusammenzubleiben.

Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Ministerrücktritt in Mecklenburg.

Schwerin, 29. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Finanzminister Julius Asch hat in der heutigen Landtags-Sitzung seinen Posten als Finanzminister niedergelegt. Der Grund ist in persönlichen Angriffen zu suchen, die im Zusammenhang mit seinen finanzreformatorischen Bestrebungen seit langem gegen ihn geführt werden. Ein Teil der Angriffe richtet sich dagegen, daß er sich an der von ihm im vergangenen Jahre zur Zeichnung gebrachten Roggenanleihe selbst beteiligt hat.

Ein Paar Hosenträger.

Auf der Straße sitzt am Rande der Vorstoßwelle ein kleiner Junge, ein rechter Dreifährchen, und hält in der Hand eine Anzahl von Geldscheinen. Der flüchtige Blick tagiert sie auf 1200—1500 M. Sorgfältig zählt sie der Kleine durch, augenscheinlich hat er das schulpflichtige Alter noch nicht erreicht, aber mit den Zahlen scheint er auf vertrautem Fuße zu stehen. Jetzt hat er die Scheine sortiert und steht auf. Nicht weit vom Ort hat ein steigender Händler seinen Standplatz, mit Tabak, Seife, Schußkugeln und all dem Kleinrat des Frauenbedarfs handelnd. Der Kleine ist an die Wagenplatte herangezogen, er sieht mit seinen Augen in gleicher Höhe mit ihr. Der Händler hört seinen Wunsch und reicht ihm ein paar Hosenträger! Also danach fand der Kleine Wegeh. Nicht mehr wollte er die Hosen anknöpfen, sondern wie der große Bruder durch Hosenträger festgehalten wissen. Freude strahlte aus seinen Augen, als er das läubertlich eingewickelte Bündchen in Empfang nimmt. Wo mag der Dreifährchen wohl das Geld herhaben? Selbst verdient schwerlich — wohl eher ein Geschenk. Oder gar auf weniger reelle Weise zusammengebracht? Nun, wir wollen uns den Kopf darüber nicht zerbrechen. Schuld der Eltern wäre es mehr als des Kleinen. Aber weiß ein Wortwurf für den Vater, der unsere Zeit charakterisieren will. Murius malte einst die Kinder des Südens, wie sie sich in harmloser Weise vergnügten und Orangen und Äpfel verzehrten — der heutige Sittenschilderer müßte die ganze Stase der Geldscheine ebenso gut wie die Farben der Palette beherrschen. Und der Valuta-Angel müßte im Hintergrunde des Bildes sichtbar sein — ein paar Hosenträger in der erhobenen Rechten.

Anmeldungen für die Förderklassen.

Der Bezirkschulsausschuß Berlin I bis IV teilt mit: Demnachst finden wieder die Prüfungen derjenigen Schüler und Schülerinnen statt, die zu Michaelis 1923 in die Förderklassen des Köllnischen Gymnasiums, der Raempfer-Realschule und der Städtischen Mädchen-Mittelschulen

aufgenommen werden. In Frage kommen Schüler der III-Klasse und Schülerinnen der II-Klassen. Von jeder Schule sind spätestens bis 20. August 1923 mindestens 1 Knabe bzw. Mädchen namhaft zu machen. Die Meldungen sind zu richten für Knaben an das Bureau für höhere Schulen, für Mädchen an das Bureau der Schuldeputation.

Die Stadt- und Ringbahnfahrpreise.

1200 Mark Einzelfahrt — 30 000 Mark die Monatskarte.

In weit stärkerem Maße als es bei der Straßenbahn und der Hochbahn der Fall war, schreitet wie bekannt auch die Stadt- und Ringbahn zu einer Preiserhöhung. Man wird vom 1. Juli ab zu zahlen haben in der 3. Klasse 1200 und in der 2. Klasse 2400 M. für eine Einzelfahrt auf der Stadt- oder Ringbahn oder auf einer Zone im Vorortverkehr. Monatskarten 30 000 M. in der 3. Klasse und 60 000 M. in der 2. Klasse. Jede weitere Zone hat einen Mehrpreis von 300 und 600 M. für Einzelfahrt und 7000 bzw. 8000 und 15 000 für Monatskarten. Man erkennt das deutlich aus folgendem Preischema:

	Einzelfahrten		Monatskarten	
	3. Kl.	2. Kl.	3. Kl.	2. Kl.
1. Zone	1200 M.	2400 M.	30 000 M.	60 000 M.
2. "	1500	3000	37 000	75 000
3. "	1800	3600	45 000	90 000
4. "	2100	4200	52 000	105 000
5. "	2400	4800	60 000	120 000

Die Schülermonatskarten kosten die Hälfte und Wochenkarten (nur 3. Klasse) ein Viertel des Monatskartenpreises.

Die Zirkus-Busch-Krawalle.

Sofortige Haftentlassung des Redakteurs Steinicke.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute früh unter Vorsitz vom Landgerichtsdirektor Boigt der große Landfriedensbruchprozess wegen der Zirkus-Busch-Krawalle am 15. Oktober vorigen Jahres. Angeklagt sind 16 Personen und zwar der Redakteur der „Rosen-Zahne“ Otto Steinicke, Stadtverordneter Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg, Parteikassierer Ernst Zegella und außerdem 13 obdachlose Häftlinge. Von diesen sind die Arbeiter Alfred Häßner, Bruno Wöhlow als Räubelführer, die anderen 11 Häftlinge als Teilnehmer am Landfriedensbruch angeklagt. Die ersten drei Angeklagten sind beschuldigt, durch Aufrufe und in Versammlungen zu der Demonstration und zu der Zusammenrottung aufgefordert zu haben. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund, während die Angeklagten verteidigt werden durch die Rechtsanwälte Justizrat Dr. Viktor Fränkl, R.-A. Dr. Herzfeld, Vater und Sohn und Dr. Stegried Weinberg.

Bekanntlich hatte am 15. Oktober eine Versammlung des rechtsprechenden Bundes für Freiheit und Ordnung im Zirkus Busch stattgefunden und in der „Rosen-Zahne“ war aufgefordert worden, diese Versammlung zu verhindern. Diese Aufforderung hatte im Ansehn der obdachlosen zu einem Beschluß geführt, geschlossen zu der Versammlung zu ziehen. Die beiden als Räubelführer Angeklagten sind obdachlos. Nach Auslösung der Geschworenen, stellt Justizrat Fränkl den Antrag auf Haftentlassung des vor zwei Tagen verhafteten Redakteurs Steinicke. Er bezeichnet diesen Vorgang als einen unangehörigen. Die Verhaftung soll erfolgt sein, weil angeblich die Ladung Steinicke nicht hat erreichen können. Nach Angaben des Postboten wäre Steinicke nicht zu Hause gewesen und er habe die Ladung bei der Post hinterlegt. Der Angeklagte Steinicke erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er die Ladung nach einigen Tagen abgeholt habe und daß er jeden Tag zu Hause gewesen sei und sich jeden Tag zur Verhandlung stellen werde. Er betraute seine Verhaftung als einen Skandal. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund: Aus den Akten stand mir fest, daß die Ladung nicht aufgestellt werden konnte. Pflichtgemäß habe ich zu sorgen, daß die Verhandlung nicht im letzten Augenblick durch das Wegbleiben des Angeklagten zum Schaden der in Haft befindlichen 13 Angeklagten verzögert wird. Ich habe daher zwei Tage vor der Verhandlung bei der Strafkammer den Antrag gestellt und den Haftbefehl ausgeführt. Justizrat Dr. Fränkl: Den Vorwurf der Ungeheuerlichkeit halte ich aufrecht. R.-A. Dr. Weinberg stellt den Antrag, auch die anderen Angeklagten aus der Haft zu entlassen. Entgegen den sonstigen Gepflogenheiten bei politischen Prozessen, die sich gegen rechtsgerichtete Kreise wenden, ist hier ein Haftbefehl erlassen worden. Diese Haftverträge sind nicht mit den Grundfragen der Rechtsprechung. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Wasmund widerspricht dem Antrag. Das Gericht beschließt, den Haftbefehl gegen Steinicke aufzuheben; dagegen wurde der Antrag, auch die Häftlinge aus der Haft zu entlassen, abgelehnt. Die vorläufigen geladenen 63 Zeugen werden zum größten Teil bis Mittwoch nächster Woche entlassen. Der Prozess dürfte nach den Dispositionen des Vorsitzenden etwa 14 Tage dauern.

Die fälligen Steuern im Juli.

Die Hauptsteuerverwaltung teilt mit: Im Monat Juli werden fällig bzw. sind bereits folgende von den städtischen Steuerlasten erhobene Steuern fällig geworden, die bis zum 15. Juli an die zuständige Steuerkasse zu zahlen sind: a) Vorauszahlung auf die Gewerbe- und Betriebssteuer für das Vierteljahr April bis Juni 1923 in Höhe von einem Viertel der für 1922 veranschlagten Jahressteuer; b) Pferdesteuer für die Zeit vom 15. November 1922 bis 31. März 1923 und für das Vierteljahr April bis Juni 1923; c) Motorbootssteuer für April bis Juni 1923; d) Hundesteuer für Halbjahr April bis September 1923, soweit in den Fällen a) bis d) die Steuerpflichtigen im Besitz des Veranlagungsbescheides sind; e) Grundsteuer vorauszahlung für April bis Juni 1923 in Höhe von einem Viertel der Grundsteuer für 1922. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung haben die Steuerpflichtigen die zwangsweise Beitreibung des Betrages zu den jetzt erheblich gesteigerten, in Prozenten des Schuldbetrages bemessenen Vollstreckungsgebühren zu gewärtigen.

Devisenkurse.

	20. Juni		28. Juni	
	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs	Käufer (Geld)-Kurs	Verkäufer (Brief)-Kurs
1 holländischer Gulden	60848.50	60651.50	58055.—	58947.—
1 argentinische Papier-Peso	54868.50	54686.50	52618.—	52882.—
1 belgischer Franc	8054.50	8095.50	7855.—	7895.—
1 norwegische Krone	28923.50	28483.50	24588.50	24661.50
1 dänische Krone	272.—.50	27418.50	26483.50	26506.50
1 schwedische Krone	40797.50	41002.50	39600.50	39799.50
1 finnische Mark	—	—	4114.50	4135.50
1 japanischer Yen	78815.—	74185.—	—	—
1 italienische Lire	6857.50	6893.50	6708.—	6742.—
1 Pfund Sterling	708225.—	711775.—	688275.—	691725.—
1 Dollar	154113.—	154887.—	149625.—	150375.—
1 französischer Franc	9501.—	9549.—	9226.50	9273.00
1 brasilianischer Milreis	16458.50	16541.50	15710.50	15789.50
1 Schweizer Franc	27431.—	27569.—	26883.—	26917.—
1 spanische Peseta	22648.—	22767.—	21945.—	22055.—
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	211.08	213.04
1 tschechische Krone	—	—	4588.50	4561.50
1 ungarische Krone	—	—	18.45	18.55
1 bulgarische Leva	—	—	1896.50	1408.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1675.50	1684.50

Der deutschböhmische Ueberfall in Nordend.

Der im „Vorwärts“ geschilderte Angriff deutschböhmischer Kadaverbrüder auf das Krankenhaus Nordend, in dem noch ein paar Franzosen als Pfleglinge untergebracht sind, ist jetzt in der Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks Panow durch unsere Genossen zur Sprache gebracht worden. Die sozialdemokratische Fraktion stellte den Antrag, das Bezirksamt zu ersuchen, wegen jenes sich als Landesfriedensbruch darstellenden Ueberfalles eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft zu richten. Genosse Keller begründete diesen Antrag damit, daß die Gemeinde, weil sie bei Tumulten zum Schadenersatz herangezogen werden kann, fordern muß, die Wiederholung solcher gewalttätigen Ausschreitungen verhütet zu sehen. Den Bürgerlichen hielt er vor, daß sie in der Angelegenheit Stöber-Kubig sich über sehr viel geringere Dinge aufgeregt haben, so daß Herr Stöber mit seiner Beleidigungsklage den im „Vorwärts“ gemeldeten Reinsfall hatte. Nicht nur deutschnationale und Deutsche Volkspartei, sondern auch Wirtschaftspartei und Demokraten verweigerten ihre Unterstützung für das geforderte Vorgehen gegen die deutschnationalen Kadaverbrüder, und so wurde von der bürgerlichen Mehrheit der Antrag unserer Genossen abgelehnt. Inzwischen nehmen die polizeilichen Ermittlungen über die Teilnehmer jenes Ueberfalles ihren Fortgang.

Um die Mietvorschüsse.

Der Mieterverband, Gau Berlin, im Bunde Deutscher Mietervereine teilt mit: Der einstweilige Beschluß der Vertreter der Berliner Mieterorganisationen, die Zahlung des vom Magistrat beschlossenen Betriebskostenvorschusses in Höhe der 100fachen Grundmiete zu verweigern, beruht auf folgender Rechtsgrundlage. Nach § 551 des Bürgerlichen Gesetzbuches ist der Mietzins nicht im voraus, sondern nachher zu entrichten. Abweichende Vertragsvereinbarungen (wie in Berlin) sind zulässig. Tatsache ist nun, daß in der weitaus überwiegenden Zahl der preussischen Stadt- und Landgemeinden noch heute der Mietzins nachträglich gezahlt wird. Der Vermieter für Wohnwohlfahrt war daher nicht berechtigt, für ganz Preußen durch seine Anordnung vom 30. April die Vorschuhforderungen zuzulassen, denn die Vorauszahlung der Miete beruht stets auf freiwilliger Vereinbarung. Die Mieterorganisationen halten aus diesen Gründen jene Anordnung des Wohnabteilungsministers für rechtsungültig und werden gerichtliche Entscheidung erzwingen. Deshalb haben sie für Berlin die Parole ausgegeben, daß die Mieter die Zahlung der 100fachen Grundmiete als Vorschuh verweigern sollen. Interessant ist übrigens, daß viele Hausbesitzer schon bei der früheren Vorschuhzahlung freiwillig auf die Vorschuhforderung verzichtet haben.

Spandauer Selbständigkeitsbestrebungen.

Die Spandauer Bezirksversammlung nahm nach längerer Erörterung mit drei Stimmen Mehrheit einen Antrag an, den Landtag zu ersuchen, das Gesetz vom 27. April 1920 zu ändern und die Selbständigkeit von Spandau wieder herzustellen. Unsere Genossen und ein Teil des Zentrums sind gegen eine Aenderung des Gesetzes über die Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin. Die Demokraten in Spandau sind ebenfalls geteilter Ansicht, wie in Köpenick, wo ein Teil gegen eine Aenderung des Gesetzes gestimmt hat. Von einer bürgerlichen Mehrheit kann man demnach nicht sprechen.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Better für morgen.

Berlin und Umgebung. Blicke! Heiter, am Tage etwas wärmer, vorübergehend wieder stärker bewölkt, bei mäßigen westlichen Winden, feine erheblichen Niederläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Kreis-Kriegarten. Erste Freitagabend 1/2 Uhr. Funktionärskonferenz bei Trümper, Hiesburger Straße 2.
- 68. Wkt. Halensee. Morgen, Sonnabend, um 8 Uhr ab: Flugplatzverbreitung. Abholung derselben bei Schüler, Johann-Sigismund-Straße 11. Alle Genossen müssen sich daran beteiligen.
- Jungsozialisten. Gruppe Schöneberg. Jugendheim, Feurigstr. 35, ebenfalls 8 Uhr. Beginn der Arbeitsgemeinschaft über Wirtschafts- und kulturgeschichtliche Entwicklung. 1. Altertum.

Gewerkschaftsbewegung

Wertbeständige Löhne in Belgien.

Ueber die Anwendung von Indexlöhnen in Polen und Oesterreich haben wir nähere Angaben veröffentlicht. Auch in anderen Ländern, besonders in England, werden Indexlöhne angewandt. Ueber die Anwendung von Indexlöhnen mit einer wertbeständigen Klausel im belgischen Bergbau veröffentlicht die Nr. 11 des „Mouvement Syndical Belge“ vom 26. Mai 1923, das offizielle Organ der belgischen Gewerkschaftskommission, interessante Angaben: Der Vertrag ist am 28. Juli 1920 abgeschlossen worden. Als Grundlohn wurde der Lohn vom April 1920 angenommen. Die Zuschläge richten sich nach den offiziellen Indexlöhnen über die Lebenshaltungskosten. Bei einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten von mindestens 4% Prozent tritt eine Erhöhung der Löhne von 3 Prozent ein. Beträgt die Erhöhung 7 oder 8 Prozent, dann werden die Löhne gleichfalls nur um 5 Prozent erhöht. Jedoch kommt die nicht berücksichtigte Erhöhung im folgenden Monat zur Geltung. Wenn also in einem Monat sich die Indexziffer um 7 Prozent erhöht, im folgenden Monat um 3 Prozent, dann tritt im ersten Monat eine Erhöhung von 5 Prozent in Kraft, im folgenden Monat wieder von 5 Prozent. Genau so wird verfahren, wenn eine Verminderung der Lebenshaltungskosten eintritt. Es kann aber auch vorkommen, und es ist vorgekommen, daß die Lebenshaltungskosten herabgehen, ohne daß die Löhne reduziert werden, und zwar trifft dies dann zu, wenn trotz der Verminderung der Lebenshaltungskosten keine Verbilligung der Kohlenpreise eintritt.

Die Unternehmer sind allerdings in diesem Falle berechtigt, diese Reduzierung der Löhne zu beanspruchen, sie müssen aber den Nachweis führen, daß die Entstehungskosten sich dezent erhöht haben, daß eine Verbilligung des Kohlenpreises nicht eintreten konnte. Ein derartiger Nachweis ist natürlich voraus, daß die Gewerkschaft in die Lage versetzt wird, die Preisberechnung der Unternehmer nachzuprüfen. Das mag wohl der Grund sein, warum die Unternehmer bisher von dieser Klausel keinen Gebrauch gemacht haben. Für die Bedingearbeiter gelten dieselben Bestimmungen, jedoch mit einem Abschlag von 10 Prozent vom Grundlohn. Das ist der Mindestlohn, der den Bedingearbeitern garantiert wird. Dies sind die wesentlichen Bestimmungen des Vertrages, der jederzeit einen Monat im voraus gekündigt werden kann. Es handelt sich also um einen Indexlohn, der infolgedessen eine Korrektur erfährt, als in ihm eine Klausel aufgenommen ist, die eigentlich dem System der gleitenden Lohnskala entnommen ist. Es sei schließlich noch bemerkt, daß die Reallohnne der Untertagearbeiter um etwa 8 Prozent höher sind als vor dem Kriege.

Kommunistische Einheitsfront.

Die Bursausführung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die am 22. und 23. Juni in Amsterdam stattfand, hatte sich neuerdings mit der von den Kommunisten verführten Offensive gegen die Amsterdamer Internationale zu beschäftigen. Vom russischen Zentralrat

